

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



Aktuelle

6. November 2009 • Nr. 37 • 0,70 €

Gastkommentar von AK-Steuerpolitik-
Expertin Ani Degirmencioglu

Schluss mit Casinokapitalismus!

SPÖ kämpft für Transaktionssteuer

Der Herbstgipfel der EU-Regierungschefs in Brüssel hat wichtige Weichenstellungen mit sich gebracht. So hat sich der österreichische Bundeskanzler in Brüssel erneut für eine europäische Finanztransaktionssteuer stark gemacht. Für diese Maßnahme konnten in der Zwischenzeit neben Deutschlands Regierungschefin Angela Merkel auch der Franzose Nicolas Sarkozy und Großbritanniens Gordon Brown gewonnen werden. Die Realisierung einer Idee, die noch vor einem Jahr belächelt wurde, scheint in immer greifbarere Nähe zu rücken.

Von besonderer Bedeutung wird dieser Gipfel aber vor allem deshalb sein, weil in Folge der zugestandenen Ausnahmeregelung für Tschechien in Sachen Grundrechtecharta Vaclav Klaus seinen Widerstand aufgegeben und den Reformvertrag als letzter der EU-27 ratifiziert hat. Damit sollen die Entscheidungsabläufe in der EU demokratischer werden. Parallel dazu soll die Staatengemeinschaft insgesamt schlagkräftiger nach außen auftreten, weil sie einen ständigen EU-Ratspräsidenten erhält und ihr Außenbeauftragter gleichzeitig Vizepräsident der EU-Kommission ist.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Finanztransaktionssteuer	4
Interview mit Finanzstaatssekretär Andreas Schieder.....	5
EU-Gipfel in Brüssel	6
NÖ Landesparteitag.....	12
Gastkommentar von AK-Steuerpolitik-Expertin Ani Degirmencioglu	14

Homo-Ehe – Verhandlungen laufen noch

Die SPÖ stimmt dem Entwurf des Justizministeriums für die eingetragene Partnerschaft homosexueller

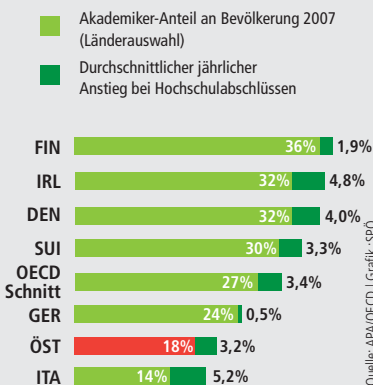


APA

Paare in seiner derzeitigen Form noch nicht zu. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek betont, es gibt noch offene Punkte, die geklärt werden müssen. Einer davon ist die Möglichkeit eines Festakts am Standesamt: „Auch für homosexuelle Paare sollte eine Zeremonie zur Besiegelung ihrer Partnerschaft im Trauungssaal möglich sein.“ Bundeskanzler Werner Faymann hat sich dieser Forderung der Frauenministerin ausdrücklich angeschlossen. Am Zeitplan – Beschluss im Ministerrat im November – soll aber festgehalten werden. Der Beschluss im Justizausschuss soll Anfang Dezember erfolgen.

THEMEN DER WOCHE

Akademikerquote



Österreich braucht mehr AkademikerInnen

Unsere AkademikerInnenquote ist mit 18 Prozent laut OECD-Studie viel zu niedrig. Die SPÖ wird vom ÖVP-Wissenschaftsministerium alle notwendigen Maßnahmen einfordern, um eine klare Trendwende einzuleiten. Die österreichische AkademikerInnenquote muss dringend an die internationalen Spitzenstandards herangeführt werden.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:

Konnte Barack Obama den hohen Erwartungen gerecht werden?

Heute vor einem Jahr wurde Barack Obama zum Präsidenten der USA gewählt. An seine Präsidentschaft knüpften sich weltweit große Hoffnungen.

Diskutieren Sie unter mitreden.spoe.at mit, ob Barack Obama diesen hohen Erwartungen im ersten Jahr seiner Präsidentschaft gerecht werden konnte.

Formanek



Infrastrukturministerin Doris Bures

Lange Nacht der Forschung

Mehr Austragungsstädte, mehr Standorte und mehr Stationen – bei der heurigen „Lange Nacht der Forschung“ am 7. November werden bei freiem Eintritt an rund 100 Standorten über 570 verschiedene Projekte präsentiert. Dank der großen Beteiligung von Universitäten, Unternehmen und Forschungsstätten wird die diesjährige Lange Nacht der Forschung „noch größer und breiter“ als bisher, freut sich Infrastrukturministerin Doris Bures. Die Ministerin erwartet sich von der Lange Nacht der Forschung Aufbruchstimmung für Forschung und Entwicklung. Und die Lange Nacht der Forschung soll dazu beitragen, junge Menschen für Forschung und Entwicklung zu begeistern, so Bures.

Zitat der Woche

„Das wirkungsvollste Rezept gegen Arbeitslosigkeit ist Qualifizierung und noch einmal Qualifizierung.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Gebührenrefundierung sichert öffentlich-rechtlichen Auftrag des ORF

Endlich stimmte auch die ÖVP der befristeten Gebührenrefundierung für den ORF zu. Medienstaatssekretär Josef Ostermayer bezeichnete diesen „grundsätzlichen Meinungsumschwung in der Frage der Gebührenrefundierung als sehr erfreulich“. SPÖ-Mediensprecher, Klubobmann Josef Cap dazu: „Mit der Gebührenrefundierung kann der ORF als öffentlich-rechtlicher Rundfunk im Interesse der ZuseherInnen weiterhin seinen Beitrag zur Wahrung der österreichischen Identität leisten.“



Zimmer

Medienstaatssekretär Josef Ostermayer



STANDPUNKT

4.11.2008 – Change. Was war der Wechsel?

Der Wahlsieg von Barack Obama vor einem Jahr markiert eine internationale Wende im Zugang zur Politik.

Ich habe es ewig vermieden über Barack Obama zu reden oder ihn zu analysieren. Wahrscheinlich bin ich auch die Einzige ohne Obama-T-Shirt, Obama-Sticker oder Obama-Tasse. Irgendwie bin ich bei der Glorifizierung von Personen immer vorsichtig, aber heute anlässlich des Jubiläums von Obamas Wahlsieg schreibe auch ich über den neuen Präsidenten der USA. Heute, beim Verfassen meines Kommentars, ist es genau ein Jahr her, dass Barack Obama, nach einer der faszinierendsten Wahlkampagnen in der Geschichte, zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt worden ist. Dieser Wahlsieg kann durchaus als historisch bezeichnet werden, da Obama Beachtliches gelungen ist. In Zeiten, in denen weltweit ein Anstieg der Politikverdrossenheit verzeichnet wurde, hat er eine Trendwende globalen Ausmaßes bewirkt. Die Menschen begeistern sich auf einmal wieder für Politik. Nicht nur für Politik an sich, sondern auch für Parteipolitik, denn es darf nicht vergessen werden, dass die Bewegung, die Obama unterstützt hat, eine parteipolitische Bewegung war, bei der sich Menschen plötzlich für eine Sache engagiert und deklariert haben.

Das große Verdienst von Barack Obama war dabei nicht nur, dass er die Welt aus dem Würgegriff der konservativen Republikaner und der Politik eines George W. Bush befreit hat, sondern dass er es fertig gebracht hat, in den Menschen wieder Begeisterung und Enthusiasmus für Politik zu wecken. Politik wieder ein Lebensgefühl einzuhauchen und zu bewirken, dass Wählerinnen und Wähler in Diskussionen wieder begeistert für ihre Sache eintreten. Er hat klar gemacht, dass es auch heute noch



Obama hat klar gemacht, dass es auch heute noch möglich ist, Berge zu versetzen, wenn man nur glaubwürdig und konsequent seinen Weg geht.

möglich ist, Berge zu versetzen, wenn man nur glaubwürdig und konsequent seinen Weg geht.

Damit man mich nicht falsch versteht: Es liegt mir fern Obama zu glorifizieren. Auch er hat nun, als Präsident, mit den Mühlen des Systems zu kämpfen. Auch er muss – zum Beispiel bei der Gesundheitsreform – Widerstände beseitigen und die Menschen überzeugen. Und ob es ihm gelingen wird, all seine ehrgeizigen Pläne und Reformen umzusetzen, wird sich erst zeigen. Die Gefahr der Enttäuschung ist gegeben, weil die Erwartungshaltung dermaßen groß war. Es ist ihm und der Politik zu

„Mit ‚Change‘ und ‚Hope‘ hat Obama das Lebensgefühl einer ganzen Generation formuliert und auf seine Fahnen geheftet.“

wünschen, dass man ihm die nötige Zeit für die wichtigen Reformen gibt. Dennoch ist es mehr als bemerkenswert, dass es ihm gelungen ist, Parteipolitik wieder zu einem Thema zu machen und für politische Prozesse Sympathien der Bevölkerung zu erreichen, die in diesem Ausmaß überraschen.

In Zeiten, in denen der Casinokapitalismus weltweit zusammengebrochen ist, hat er einen neuen Weg vorgezeichnet und mit „Change“ und „Hope“ das Lebensgefühl einer ganzen Generation formuliert und auf seine Fahnen geheftet. Es ist ein Lebensgefühl des Fortschritts, des Optimismus und des Mutes für eine Generation, die mit einem immer größer werdenden Leistungsdruck umgehen muss. Er hat in seiner Arbeit gezeigt, dass es um Gerechtigkeit geht, um Demokratie und auch um die Verantwortung jedes Einzelnen, sich aktiv in die Politik einzubringen.

Auch wenn ich als Sozialdemokratin nicht alle inhaltlichen Positionen des Demokraten Obama teile, auch wenn mir bewusst ist, dass dies eine der teuersten Wahlkampagnen in der Geschichte war: Fakt bleibt, dass die Begeisterung, die Obama hervorgerufen hat, der Demokratie insgesamt gut tut. Denn wenn niemand an Politik glaubt, wenn Politik die Menschen nicht bewegt, dann profitieren im Endeffekt die Systembewahrer oder jene die dadurch auffallen, dass sie Lokalrunden schmeißen. ♦

FINANZEN

Konsequenzen aus

Die ideologische Zauberformel „Mehr privat, weniger Staat“ ist gescheitert. Nun sind Regierungen und Staatengemeinschaften gefordert, Schlüsse aus der Krise zu ziehen.



Bundeskanzler Werner Faymann ist international und in Europa ein wichtiger Befürworter der Finanztransaktionssteuer.

Hemmungsloses Spekulieren hat das Weltfinanzsystem zum Einsturz und die Weltwirtschaft an den Abgrund gebracht. Das Konzept unregulierter Märkte als Folge neoliberaler Ideologiekonzeptionen ist gescheitert. Steigende Arbeitslosigkeit und der Bankrott vieler großer Unternehmen und Banken forderten und fordern Staaten zu massiven Interventionen auf. Auch die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung in Österreich hat sich als widerstandsfähige Krisenfeuerwehr unter Beweis gestellt und zur richtigen Zeit die richtige Menge an Löschwasser zur Verfügung gestellt.

Konsequenzen aus der Krise

Nun, wo die konjunktur- und kaufkraftfördernden Maßnahmen allmählich grei-

fen, stellt sich die Frage nach den Konsequenzen aus der Krise, den Konsequenzen aus den unkontrollierten, jahrelangen Spekulationen – zum Teil auch mit Steuergeldern. Dabei tauchen einige langjäh-

„Wir Sozialdemokraten treten für eine Gesellschaft ein, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht die Wallstreet.“

Bundeskanzler Werner Faymann

rige sozialdemokratische Forderungen auf, unter anderem die europaweit koordinierte Finanztransaktionssteuer (FTS). Sie soll Finanztransaktionen besteuern, Spekulationen eindämmen, mehr Verteilungsgerechtigkeit und laut ExpertInnen

rund 150 Milliarden Euro für den europäischen Haushalt bringen. Weiters fordert die Sozialdemokratie eine strengere Finanzmarktaufsicht, die Regulierung von Rating-Agenturen und Hedge-Fonds sowie einen Kapitalmarktgerichtshof. Wichtig ist, dass nicht jene die Zeche für die Krise zahlen, die sie nicht verursacht haben, die ArbeitnehmerInnen.

Faymann kämpft in Europa für eine FTS

Während andere versuchen Neiddebatten zu schüren und sich Konten für soziale Transferleistungen wünschen, kämpft die Sozialdemokratie entschlossen für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Die SPÖ, ihr voran Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann, ist in Österreich

der Finanzkrise

und in Europa wohl eine der prominentesten BefürworterInnen einer Transaktionssteuer. Faymann hat in Europa bewiesen, dass es auch als kleines Land möglich ist, in der EU einiges zu bewegen. So ist es gegen den Willen der schwedischen Ratspräsidentschaft gelungen, gemeinsam mit Verbündeten, wie etwa Frankreich, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem britische Premierminister Gordon Brown, im Zuge einer Ratssitzung die Finanztransaktionssteuer auf die europäische Agenda zu bringen.

Österreichische Bundesregierung Vorkämpfer in Europa

Auch Finanzstaatssekretär Andreas Schieder erinnert in diesem Zusammenhang an einen Ministerratsbeschluss vom 1. September 2009. Darin hat die Bundesregierung den Entschluss gefasst, mit aller Kraft gemeinsam auf allen Ebenen für die Einführung einer internationalen FTS zu kämpfen. „Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist eine zentrale Konsequenz aus der Krise. Dadurch wird kurzfristige Spekulation auf kleinste Kursänderungen unattraktiv. Außerdem ist die Finanztransaktionssteuer ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung der Sozialsysteme“, weiß Schieder.

ÖVP stimmt gegen FTS

Am 8. und 20. Oktober gab es im Europäischen Parlament in Form von Resolutionen zu transatlantischen Beziehungen die Möglichkeit, Flagge für die Finanztransaktionssteuer zu zeigen. Während alle SPÖ-Abgeordneten Wort hielten, stimmten die EU-MandatarInnen der Volkspartei dagegen. Für den Vizepräsidenten der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, Hannes Swoboda, hat die Ablehnung der FTS von Seiten der ÖVP „Methode“. Die SPÖ-EU-Abgeordneten Evelyn Regner und SPÖ-Delegationsleiter Jörg Leichtfried kritisieren den Zick-Zack-Kurs der ÖVP ebenfalls scharf. SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer ortet vorsätzliche „Verzögerung und Verhinderung“ und ein „Warten auf den ‚St. Nimmerleinstag‘ bis Liechtenstein, die Cayman-Inseln und Jersey die Finanztransaktionssteuer einführen.“

INTERVIEW

„Finanztransaktionssteuer ist ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder im SPÖ Aktuell-Gespräch über Spekulationen, Arbeitslosigkeit und Auswege aus der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise.



Zimmer

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder will, dass Finanzmärkte stärker reguliert und Lehren aus der Krise gezogen werden.

SPÖ Aktuell: Herr Staatssekretär, was ist Ihrer Ansicht nach für die gegenwärtige Krise verantwortlich?

Andreas Schieder: Die eine Seite der Geschichte lautet in kurzen Worten: deregulierte Finanzmärkte, Ungleichgewichte zwischen und innerhalb von Staaten, Subprime-Krise, Bankenprobleme, Crash der Lehman Brothers. Dahinter steckt aber eine grundlegende Geisteshaltung: Die hemungslose Deregulierung des Marktes und unbegrenztes Vertrauen in die Selbstregulierungskräfte der Märkte. Verantwortlich für den Niedergang des Finanzkapitalismus in der Form wie wir ihn kannten, ist also ein Marktversagen und ein Regulierungsversagen.

Lässt sich abschätzen, wie lange die Arbeitslosigkeit noch steigen wird?

Schieder: Das ist schwierig, schon deshalb, weil wir im letzten Jahr gesehen haben, wie schwierig Prognosen die Krise betreffend sind. Was wir wissen ist: Arbeitslosigkeit sinkt dann, wenn wir ein nachhaltiges und stabiles Wirtschaftswachstum haben. Auch wenn die Lage jetzt besser wird,

davon sind wir leider noch entfernt. Deshalb warne ich auch davor, das Ende der Krise dort zu sehen, wo Banken und Spekulanten wieder so tun, als wäre nie etwas geschehen. Für uns SozialdemokratInnen ist die Krise erst dann zu Ende, wenn die Arbeitslosigkeit wieder sinkt.

Gibt es Möglichkeiten, Spekulationen zu verhindern oder zumindest einzudämmen?

Schieder: Wenn die Spekulation Formen annimmt, wo Computer entscheiden und berechnen und die Produkte, die ge- und verkauft werden nicht einmal mehr von den eigenen Verkäufern verstanden werden, ist sie abzulehnen. Deshalb setzen wir uns massiv für eine Finanztransaktionssteuer ein. Hier gibt es eine bestimmte Steuerungsfunktion. Nicht jede Spekulation wird damit verhindert, aber diese computergenerierten Geschäfte, wo riesige Summen bei geringsten Gewinnmargen verschoben werden, werden unattraktiv. Und es wäre der Beitrag der Finanzmärkte zur Bewältigung der Krise. Auch ein Schritt für mehr Gerechtigkeit.

Wer soll diese Transaktionssteuer einheben und wem werden die Erträge zu Gute kommen?

Schieder: Es gibt verschiedene Modelle. Klar ist: Optimal wäre eine weltweite Finanztransaktionssteuer. Sehr gut wäre eine europäische. Wenn das nicht möglich sein sollte, muss man darüber nachdenken, mit jenen europäischen Ländern, die eine solche Regulierung für klug halten, in einem akkordierten Schritt eine Vorreiterrolle einzunehmen. Und ich will nur anmerken: Wer heute ein Aktienpaket kauft, bezahlt eine Abgabe an seinen Aktienhändler. Da sollte es nicht zu schwer sein, dass in diesem Schritt eine Finanztransaktionssteuer mitgenommen wird.

EUROPA

Weichenstellungen in Brüssel

Beim EU-Gipfel in Brüssel wurde Wegweisendes für den Klimaschutz und Europas Zukunft beschlossen.

Beim jüngsten EU-Gipfel standen die internationale Hilfe für Entwicklungsländer, um die Folgen des Klimawandels abzumildern, ebenso im Zentrum wie die Ausnahmeregelung für Tschechien in Sachen Grundrechtecharta.

Die EU will einen fairen Anteil der Lasten des Klimawandels übernehmen. Wichtiger Höhepunkt des Gipfels war der Beschluss für ein Klimagipfel-Verhandlungsmandat. Die Verhandlungen über die EU-interne Lastenverteilung soll eine Arbeitsgruppe (Deutschland, Großbritannien, Frankreich) vorantreiben. Der EU-Gipfel unterstützt die Einschätzung der Kommission, dass in den Entwicklungsländern ab 2020 jährlich rund 100 Mrd. Euro notwendig sind, um die Folgen des Klimawandels abzumildern. Die benötigte internationale Hilfe für die Entwicklungsländer wird auf 22 bis 50 Mrd. Euro pro Jahr angesetzt. Diese Summe soll weltweit aus öffentlichen Haushalten aufgebracht werden.

Bundeskanzler Werner Faymann sprach von einer „erfreulichen Lösung“, räumte aber ein, dass es eine „Kontroverse“ zwischen einigen EU-Staaten gegeben habe, wer ab 2013 welche Lasten beim Klima-



Bundeskanzler Werner Faymann vertrat Österreich beim EU-Gipfel in Brüssel (im Gespräch mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel; in der Bildmitte der amtierende EU-Ratsvorsitzende, Schwedens Premierminister Fredrik Reinfeldt).

schutz tragen soll. Man müsste in der jetzigen Situation auch darüber beraten, ob überhaupt jedes EU-Land etwas beitragen könne, „aber das ist kein Freibrief“.

Staats- und Regierungschefs die wichtige Rolle zu, für die Positionen des EU-Ratspräsidenten und des Hohen Beauftragten für Außen- und Sicherheitspolitik die richtigen Persönlichkeiten zu nominieren“, betonte Swoboda.

HINTERGRUND

Faymann in EU-Spitzen trio berufen

Gemeinsam mit dem Chef der europäischen SozialdemokratInnen, Poul Nyrup Rasmussen, und dem spanischen Ministerpräsidenten Jose Luis Rodriguez Zapatero wurde SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann in ein EU-Spitzen trio berufen. Das von der europäischen Sozialdemokratie ernannte Team soll bezüglich der Besetzung der Spitzenpositionen des EU-Ratspräsidenten und des Hohen Beauftragten für die EU-Außenpolitik eine Einigung mit den Konservativen erzielen. Für den Bundeskanzler ist dabei wesentlich, dass der oder die gesuchte Kandidat/in eine Nähe zu US-Präsident Barack Obama hat. Zudem sei ein „soziales europäisches Profil“ gefragt – denn zentral seien weiterhin der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Kontrolle der Finanzmärkte und Anstrengungen für das Wirtschaftswachstum.

Weg frei für Lissabon-Vertrag

Ebenfalls beschlossen wurde die Ausnahmeregelung für Tschechien. Ebenso wie für Großbritannien und Polen soll die Grundrechtecharta für Österreichs Nachbarn, auf Wunsch des tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus, keine Gültigkeit haben. Nachdem der tschechische Verfassungsgerichtshof für den EU-Reformvertrag entschieden hat, unterzeichnete der tschechische Präsident. „Letztendlich hat Vaclav Klaus eingesehen, dass er die EU nicht in Geiselhaft für seine individuelle, europafeindliche Weltanschauung nehmen darf“, so der Vizepräsident der S&D-Fraktion, Hannes Swoboda. Damit haben alle 27 Mitgliedsstaaten ratifiziert und der Reformvertrag wird umgesetzt. Der Weg hin zu einem bürgernäheren und demokratischeren Europa ist nun frei. „Nach der Unterzeichnung durch Klaus fällt nun den

ÖVP-Posse um EU-Kommissar

Teile der ÖVP verstiegen sich in den letzten Tagen zu der Behauptung, die Verhinderung des Ex-Spekulationsministers Molterer durch Kanzler Faymann habe Österreich das lukrative Agrarressort gekostet. Eine wie auch immer geartete Ressortzusage hat es allerdings nie gegeben, wie etwa das Statement Vizkanzler Prölls in einem ZiB-Interview am 17. 10. bestätigt: „Präsident Barroso hat klipp und klar mir gegenüber gesagt, er kann derzeit keine Ansagen um das Ressort machen.“ SPÖ-Delegationsleiter im EU-Parlament, Jörg Leichtfried, betonte ebenso wie Bundeskanzler Faymann, solches Agieren schade der Reputation Österreichs und des gemeinsamen Kandidaten Hahn, der von Pröll vorgeschlagen wurde. ♦

UNIVERSITÄTEN

Zugangsregelungen sind keine Zugangsbeschränkungen!

Die Sozialdemokratie tritt für bessere Studienbedingungen und für die Erhöhung der AkademikerInnen-Quote ein. Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren kommen für die SPÖ nicht in Frage.



Die SPÖ setzt sich für eine Erhöhung der AkademikerInnen-Quote und für bessere Studienbedingungen ein.

Im Gegensatz zur ÖVP „lehnt es die SPÖ entschieden ab, dass junge Menschen durch Zugangsbeschränkungen oder Studiengebühren von den Universitäten ferngehalten werden“, bekräftigte SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl. Das hat auch Bundeskanzler Werner Faymann im Ministerrat betont: „Der Zugang zu Österreichs Hochschulen wird keinesfalls über eine Studiengebühr geregelt werden.“ Angesichts der gegenwärtigen Situation an den Universitäten, muss der zuständige Fachminister, Wissenschaftsminister Hahn, dringend den Dialog mit StudierendenvertreterInnen und Universitätsangehörigen führen.

Junge Menschen bei Studienentscheidung unterstützen

Klar ist, so SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas: „Die SPÖ spricht von Zu-

gangsregelungen, die ÖVP von Zugangsbeschränkungen. Im Unterschied zu konservativen Bildungskonzepten wollen wir nicht weniger Studierende an Österreichs Hochschulen“. Es geht darum, junge Menschen bei der Studienentscheidung zu unterstützen. Daher setzt die SPÖ – wie in der letzten UG-Novelle verankert – statt auf Knock-Out-Prüfungen, Studiengebühren oder Lotterielose auf Regelungen, die den Begabungen und Interessen der Studierenden entgegenkommen (faire Studieneingangs- und Orientierungsphasen). Der ebenfalls in der UG-Novelle vorgesehene Notfallparagraph sei eine Möglichkeit, die nur in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen könne, so Kuntzl. Nämlich bei jenen wenigen Studien, die durch deutsche „Numerus-Clausus-Flüchtlinge“ stark unter Druck gekommen sind, so Kuntzl, die betonte, dass es hier einer grundsätzlichen Lösung auf europäischer Ebene bedarf. Die

Lehmann



SPÖ

„Statt Zugangsbeschränkungen wird es in der Studieneingangsphase Orientierung über Inhalt und Verlauf des Studiums geben.“

**SPÖ-Wissenschaftssprecherin
Andrea Kuntzl**

SPÖ-Wissenschaftssprecherin begrüßte es, dass der Ministerrat zuletzt bekräftigt hat, das Budget für den tertiären Bildungsbereich bis 2020 auf zwei Prozent des BIP aufzustocken. „Ich erwarte mir, dass der Finanz- und der Wissenschaftsminister mit den Universitäten gemeinsam einen Etappenplan erstellen, wie diese Mittel wann aufzustellen sind“, so Kuntzl im ORF-„Report“. ♦

„Im Unterschied zu konservativen Bildungskonzepten wollen wir nicht weniger Studierende an Österreichs Hochschulen.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas

INFO

Für die SPÖ stehen folgenden Eckpunkte unverrückbar fest:

- ▶ keine Studiengebühren
- ▶ mehr Geld für die Universitäten
- ▶ keine Knock-Out-Prüfungen

POST-VERSORGUNG

Beharrlichkeit hat sich ausgezahlt

Der VfGH hat die Verordnung von Infrastrukturministerin Doris Bures, fast 200 Postämter nicht zu schließen, bestätigt.

„Entschlossene SPÖ-Politik wurde vom Höchstgericht bestätigt!“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

Um eine ersatzlose Schließung von Postfilialen, und damit eine Versorgungslücke zu verhindern, hatte Infrastrukturministerin Doris Bures die gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft und die Schließung jener Postfilialen, für die es keinen adäquaten Ersatz gibt, per Bescheid untersagt. Der Spruch des Verfassungsgerichtshofs, wonach die ersatzlose Schließung von Postämtern in 193 Fällen nicht zulässig ist, bestätigt das Vorgehen der Infrastrukturministerin.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter unterstreicht den großen Erfolg von



Die Sicherstellung der Post-Versorgung steht ebenso im Mittelpunkt der SPÖ-Politik wie die Zukunftsperspektiven der Post-Beschäftigten.

Bures: „Allen Unkenrufen zum Trotz hat sich die Entschlossenheit und Beharrlichkeit im Interesse zehntausender Postkunden bezahlt gemacht. Der nunmehr höchstgerichtlich bestätigte Bescheid der Ministerin

solte für die Post AG Anlass und Auftrag sein, die Kunden in den Mittelpunkt der unternehmenspolitischen Zielsetzungen zu rücken.“

Kräuter betont, dass der Post AG vom Verfassungsgerichtshof ins Stammbuch geschrieben wurde, dass „der Postmarkt nicht nur aus den Postbetreibern besteht, sondern auch aus deren Kunden“. Infrastrukturverantwortung, wie es die Sozialdemokratie versteht, bedeute nicht nur Kostenreduktion oder gar Personalabbau, sondern vor allem Sicherstellung der Versorgung und die Eröffnung von Zukunftsperspektiven für die Bevölkerung und die Beschäftigten.

Kräuter appelliert auch an die ÖVP im Zusammenhang mit dem zukunftsweisenden Postmarktgesetz aus dem Schmollwinkel hervorzukommen und gemeinsam mit der SPÖ zügig das Gesetzeswerk im Nationalrat zu verabschieden. ♦

ARBEITSMARKT

Anstieg der Arbeitslosigkeit deutlich verringert

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte im Oktober weiter gedämpft werden. Erstmals seit Jänner macht der Anstieg weniger als 50.000 aus und die Lehrstellenlücke hat sich merklich verkleinert.



Sehr effektiv haben sich neben den Arbeitsstiftungen FacharbeiterInnenqualifizierungen erwiesen – hier liegt die Vermittlungsquote in manchen Berufen wie Mechatronik sogar bei 70 bis 80 Prozent.

Die Maßnahmen der SPÖ-geführten Bundesregierung zur Stimulierung des Arbeitsmarktes entwickeln immer stärker ihre positive Wirkung. Vor allem die Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitssuchende zeigen zum Teil sehr gute Erfolge. Aber auch die Ausbildungsgarantie für Jugendliche und die Angebote im Rahmen der „Aktion Zukunft Jugend“ sorgen für eine Entspannung am Arbeitsmarkt.

In der EU liegt Österreich mit 4,8 Prozent Arbeitslosenquote immer noch an zweitbesten Stelle. Die betriebliche Lehrstellenlücke hat sich gegenüber dem Vorjahr trotz Krise sogar um 314 Personen verkleinert; 6.145 Lehrstellensuchende (-325) stehen 3.537 offene Lehrstellen

(-11) gegenüber. „Alle Jugendlichen, die keine betriebliche Lehrstelle erhalten haben, können eine Ausbildung in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte in Anspruch nehmen. Wir haben die Anzahl der überbetrieblichen Ausbildungsplätze heuer auf 12.300 erhöht“, betont Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

Als besonders wirkungsvoll haben sich die Schulungsmaßnahmen während der Zeit der Arbeitssuche erwiesen. Diese Qualifizierungsmaßnahmen erhöhen die Chancen der Arbeitssuchenden deutlich. So finden mehr als zwei Drittel der TeilnehmerInnen von Arbeitsstiftungen innerhalb von drei Monaten nach Absolvierung der Ausbildung eine Arbeitsstelle. ♦

GESUNDHEIT

Österreich bestens gegen die Schweinegrippe gerüstet

Gesundheitsminister Alois Stöger warnt vor Panikmache und bekräftigt, dass Österreich bestens gegen die Schweinegrippe gerüstet ist. Dem Minister ist es zu verdanken, dass Österreich über genügend Impfstoff für den Ernstfall verfügt.



Gesundheitsminister Stöger setzte wichtige Vorsorgemaßnahmen gegen das H1N1-Virus.

Stöger betonte, dass es ihm auch nichts ausgemacht habe, belächelt worden zu sein, weil er 1,6 Millionen Dosen Vakzine (Impfstoff gegen die Schweinegrippe) bestellt hatte. Mit dieser Menge an Impfstoff können jedenfalls 800.000 Menschen geimpft werden, was

für die in Gesundheitsberufen Tätigen und die Risikogruppen mehr als ausreichend ist. Seit 27. Oktober wird das Gesundheitspersonal in Österreich geimpft. Ab Montag, dem 9. November, sind alle anderen dran. Zuerst können sich insbesondere die „Risikogruppen“ (Personen mit chronischen

Atemwegserkrankungen, chronisch Herz-Kreislaufkranke, Immungeschwächte und auch Schwangere) impfen lassen, weil die Influenza bei ihnen schwerer verlaufen kann. Bei der Schweinegrippe handelt es sich um eine Infektion der Atemwege mit dem Influenzasubtyp H1N1. Die Symptome sind ähnlich einer herkömmlichen Grippe: hohes Fieber, Kopf- und Gliederschmerzen,



„Wir empfehlen den entsprechenden Zielgruppen, sich zum Schutz und zur Immunisierung impfen zu lassen. Österreich ist, auch im internationalen Vergleich, bestens vorbereitet und verfügt über ausreichend Impfstoff.“

Gesundheitsminister Alois Stöger

Husten, Halsschmerzen und Schwächegefühl. H1N1 enthält zwar Gene von Schweinen, Men-

schen und Vögeln, der Verzehr von Schweinefleisch ist aber unbedenklich. Das H1N1-Virus ist nicht von Tier zu Mensch, sondern nur von Mensch zu Mensch übertragbar und ist nicht so gefährlich wie die normale Grippe: In Europa fordert die saisonale Grippe jährlich 50.000 Tote. Die Neue Grippe verzeichnet weltweit knapp 5.000 Todesfälle. ♦

BEAMTE

Magermilch statt Vollmilch

Konnten im letzten Jahr „fette“ Kollektiverhöhungen (3,5 Prozent) für BeamtInnen erreicht werden, dämpft BeamtInnenministerin Gabriele Heinisch-Hosek diesbezügliche Erwartungen für heuer.

Zum Auftakt der neuen Gehaltsrunde hat BeamtInnenministerin Gabriele Heinisch-Hosek die 350.000 BeamtInnen auf einen, im Vergleich zum Vorjahr, eher mageren Abschluss (0,5 Prozent Erhöhung) vorbereitet. „Wenn Sie Vollmilch mit Magermilch vergleichen, können Sie sich's vorstellen“, so Heinisch-Hosek. In den letzten Jahren hatte die Beamtengewerkschaft stets auf die so genannte „Benya-Formel“ (halbes Wirtschaftswachstum plus volle Inflation) gedrängt. Wegen des Konjunkturerinbruchs mussten bei Anwendung der Formel die BeamtInnen diesmal mit einem Minus von 0,8 Prozent Vorlieb nehmen. Von einer Nulllohnrunde dürften Österreichs BeamtInnen aber verschont bleiben. ♦



Knie

BeamtInnenministerin Gabriele Heinisch-Hosek rechnet mit einer mageren Kollektiverhöhung für BeamtInnen.

BILDUNG

Kindergärten erhalten Bundes-Bildungsplan

Der von Bildungsministerin Claudia Schmied entwickelte „Erste Bildungsplan für alle Kindergärten in Österreich“ wird in den nächsten Tagen an alle heimischen Kindergärten übermittelt.



Rigaud

Bildungsministerin Claudia Schmied möchte, dass Kindergärten zu „Bildungsgärten“ werden.

In konstruktiver Zusammenarbeit von Ländern und Bund sowie dem „Charlotte-Bühler-Institut für praxisorientierte Kleinkindforschung“ ist es Ministerin Schmied gelungen, einen gemeinsamen Bildungsplan für Kinder im Alter von null bis sechs Jahren zu verwirklichen. Erstmals gibt es damit für alle Einrichtungen in allen Bundesländern eine klare Anleitung, wie die Kinder durch die KindergartenpädagogInnen bestmöglich gefördert werden sollen. „Nach dem verpflichtenden Kindergartenjahr ist der Bildungsplan für alle Kindergartenkinder ein neuer Meilenstein. Der Kindergarten muss noch mehr zum Bildungsgarten werden. Durch den Bildungsplan setzen wir dazu einen weiteren wichtigen Schritt“, so Schmied. ♦

FRAUEN

Rezeptfreie „Pille danach“ kommt

Die „Pille danach“ soll nach jahrelanger politischer Diskussion nun bald auch in Österreich rezeptfrei erhält sein.



In vielen EU-Ländern ist die „Pille danach“ bereits rezeptfrei erhältlich.

Sowohl Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek als auch Gesundheitsminister Alois Stöger haben sich für eine rezeptfreie Abgabe der „Pille danach“ ausgesprochen und wollen dieses Vorhaben rasch umsetzen. Die Verordnung soll vom Gesundheitsminister

demnächst erlassen werden. Die Herstellerfirma muss zunächst einen Antrag auf Rezeptfreiheit bei der Rezeptpflichtkommission einbringen, diesbezügliche Gespräche laufen bereits. Die „Pille danach“ ist bereits in vielen EU-Ländern rezeptfrei zugänglich und der Oberste Sa-

nitätsrat hat dies auch für Österreich empfohlen.

Die ÖsterreicherInnen sind mit großer Mehrheit für diese Initiative. 78 Prozent sprechen in einer „Oekonsult“-Umfrage von einem mutigen Vorstoß. Vier von fünf ÖsterreicherInnen erwarten, dass durch diese Maßnahme die Zahl der Abtreibungen zurückgehen wird. An mehr ungeschützten Sex durch die rezeptfreie „Pille danach“ glauben die Befragten nicht.

Als Ersatz für Verhütungsmittel sehen die ÖsterreicherInnen das Präparat ohnehin nicht. 87,5 Prozent der Befragten empfinden die „Pille danach“ als „Notfallmedikament“. 78 Prozent sind der Meinung, dass die Abgabe mit einer umfassenden Informationsbroschüre verbunden sein sollte. Die Mehrheit ist dafür, dass es auch in der Apotheke eine Beratung geben soll.

Ein Mindestalter für die „Pille danach“ halten die ÖsterreicherInnen nicht für nötig. 89 Prozent stimmen der These zu, dass dies sinnlos wäre, weil jede 13-Jährige eine 18-Jährige kennen würde, die ihr das Präparat besorgen könnte. ♦

RECHNUNGSHOF

Richtlinien für Regierungswerbung kommen

Eine Einigung der Regierungsfractionen im Zusammenhang mit Richtlinien des Rechnungshofes zu Informations- und Werbemaßnahmen der Regierung steht bevor.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter betonte zur bevorstehenden Einigung zu den Richtlinien für Regierungswerbung: „Die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit sind ebenso zu beachten, wie der Informationsinhalt und die strikte Vermeidung einer parteipolitischen Einflussnahme. Nach Klärung einiger weniger Präzisierungen ist eine Beschlussfassung bereits im nächstfolgenden Verfassungsausschuss vorgesehen.“ Kräuter, der sich seit einigen Jahren für verbindliche Richtlinien für Regierungsinformation einsetzt, weist auf grundsätzliche Unterschiede der Regierungswerbung in der schwarz/blau/orangen Ära und der nun im Amt befindlichen

Bundesregierung hin: „Seinerzeit wurde die vom Rechnungshof geforderte Ausrichtung auf Information in einzelnen Kampagnen völlig missachtet, seitens des BZÖ wurde auch die Verknüpfung mit Parteiwerbung gezielt und geplant auf Steuerzahlerkosten durchgeführt.“ Die derzeitige Regierung unter der Führung von Bundeskanzler Werner Faymann beachtet dagegen die Grundsätze des Rechnungshofes. Kräuter weist darauf hin, dass Informations- und Werbemaßnahmen beispielsweise in der Frauen-, Sozial-, Verkehrs-, Gesundheits- und Bildungspolitik notwendig seien, und der Rechnungshof auch ausdrücklich die Zulässigkeit von Informations- und Werbemaßnahmen bestätigt.



Kräuter kündigte an, dass eine Beschlussfassung der Richtlinien für Regierungswerbung bereits im nächstfolgenden Verfassungsausschuss vorgesehen ist.

Zimmer

Erfahrungsbericht

Die Fronten sind überall

Kriegsreporterin Antonia Rados diskutiert elementare Fragen ihres Berufs und berichtet aus ihrem Alltag.

Kriegsreportagen können uns erklären, wie es in der Welt der Gewalt, des Chaos und der alltäglichen Menschenrechtsverletzungen zugeht. Was sie leider nicht können, ist den Krieg abzuschaffen. Oft bringen sie uns nur einen kleinen Ausschnitt einer komplexen Wirklichkeit, denn wenn der Reporter am falschen Ort ist, was oft genug vorkommt, sieht er weniger als der Zuschauer vor dem Fernsehschirm. Kriegsreportagen und KriegsreporterInnen sind also eingeschränkt. Abgesehen davon dür-

fen BerichterstatteInnen nie vergessen, dass sie selbst sterblich sind. Warum riskieren Reporterinnen und Reporter überhaupt „freiwillig“ ihr Leben, was für Außenstehende nicht immer nachvollziehbar ist? Was motiviert sie? Brauchen wir diese Art von ReporterInnen, um zu erfahren, wie es auf unserem unruhigen Planeten zugeht oder nicht? Antonia Rados erklärt anhand von Beispielen, was Kriegs- und Krisenjournalismus kann und was nicht und wie viel Engagement notwendig ist. ♦

Sachbuch

Sieben Krisen – ein Crash

Der Politologe Winfried Wolf ortet sieben Krisen, die in einem kapitalen Crash münden.

Ab Mitte 2007 existierten die ersten Anzeichen einer Krise im Hypotheken-Kreditsektor der USA. Anfang 2008 ging es um eine US-amerikanische Wirtschaftskrise. Ende 2008 machte dann der Begriff von einer weltweiten Rezession die Runde. Seit dem Frühjahr 2009 ist „die neue Weltwirtschaftskrise“ in aller Munde. Wie kaum ein anderer Autor verfolgt Winfried Wolf das Thema seit drei Jahrzehnten. Sein Ansatz, die aktuelle Situation zu erklären, ist strukturell und histo-

risch angelegt – damit unterscheidet sich seine Analyse wesentlich von den bisherigen. Winfried Wolf ist Mitglied des Bundestages, Autor und Chefredakteur der Zeitschrift „Lunapark21“. Für ihn gibt es nur eine überzeugende Antwort auf die neue Dimension der Krise des Kapitalismus: die Durchsetzung einer Gesellschaftsordnung, in der der Mensch, die Umwelt und das Klima und nicht das Kapital, die Ausbeutung und der Profit im Mittelpunkt stehen. ♦

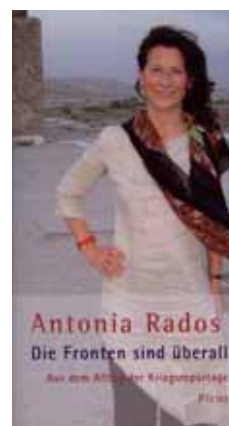
Cartoons

Jahrbuch Nr. 2

Von Obama bis zum Christkind: Haderer hat wieder einen Jahresrückblick der Extraklasse geschaffen.

Gerhard Haderer ist ein viel beschäftigter Mann, der „Witze wirklich nicht ausstehen“ kann. Das ganze Jahr über zeichnet er unter anderem für große Magazine wie das „profil“, macht Plakate und Videos und veröffentlicht großartige Cartoons im deutschen „Stern“. All das und noch viel mehr versammelt der Cartoonist jetzt in seinem zweiten Jahrbuch, einem Jahresrückblick der Extra-Klasse. Gerhard Haderer arbeitete mehrere Jahre als Werbegrafiker. Seit 1985 werden seine satirischen Zeichnun-

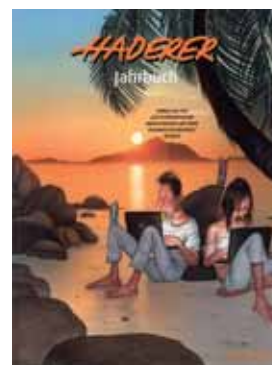
gen regelmäßig in Magazinen wie „Stern“, „profil“, „Geo“ und „Trend“ veröffentlicht. Seiner Danksagung sind einige seiner Quellen der Inspiration zu entnehmen: Haderer dankt der Wirtschaftskrise, Barack Obama, Maria Fekter, der Schweinegrippe, Prinz Charles, KHG, dem Papst und dem Christkind. Aus all diesen Persönlichkeiten und Ereignissen ist wieder eine bunte Sammlung von Comics und Cartoons entstanden. Ein Jahrbuch und ein ideales Weihnachtsgeschenk für alle. ♦

☐ Stk.


Antonia Rados:
Die Fronten sind überall.
Picus Verlag, Wien 2009;
155 Seiten, 14,90 €

☐ Stk.


Winfried Wolf:
Sieben Krisen – ein Crash.
Promedia Verlag, Wien 2009;
256 Seiten, 17,90 €

☐ Stk.


Gerhard Haderer:
Jahrbuch Nr. 2.
Ueberreuter Verlag, Wien 2009;
96 Seiten, 14,95 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



LANDESPARTEITAG NÖ

93,13 Prozent für Sepp Leitner

Unter dem Motto „Gemeinsam Zukunft sichern“ demonstrierte die SPÖ-Niederösterreich bei ihrem Landesparteitag Einigkeit und Geschlossenheit. LH-Stv. Sepp Leitner wurde mit 93,13 Prozent der Delegiertenstimmen eindrucksvoll bestätigt.



„Nicht spekulieren, sondern investieren“, ein wichtiges Credo von LH-Stv. Sepp Leitner.



Fotos: Zimmer

Bundeskanzler Werner Faymann erntete für seine Rede viel Begeisterung.



11 StellvertreterInnen werden Leitner künftig zur Seite stehen.

Vergangene Woche veranstaltete die SPÖ-Niederösterreich, die mitgliederstärkste SPÖ-Landesorganisation, ihren 40. ordentlichen Landesparteitag in Wieselburg, dem Heimatort des niederösterreichischen SPÖ-Landesparteivorsitzenden, Landeshauptmann-Stellvertreter, Sepp Leitner. Unter dem Motto „Gemeinsam Zukunft sichern“ fanden sich über 490 Delegierte und rund 1.500 Gäste zusammen. Mit herausragenden 93,13 Prozent wurde Sepp Leitner in seinem Amt bestätigt.

Ganz klar setzte Leitner in seiner programmatischen Rede eine Botschaft in Richtung der „dominierenden Mehrheitspartei“ in NÖ: „Wir wollen keine Arroganz und kein Zähnefletschen, sondern für Niederösterreich etwas weiterbringen. Die

Hand der Sozialdemokratie war, ist und bleibt ausgestreckt, man muss sie aber auch annehmen!“

Faymann: Mensch im Mittelpunkt

Bundeskanzler und Parteivorsitzender Werner Faymann erteilte in seiner Grußrede Transferkonten, Studiengebühren, Spekulationen und einem frühzeitigen Auslaufen der Hacklerregelung vor 2013 einmal mehr eine entschiedene Absage und warnte vor Hetzern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, gesellschaftliche Gruppen gegeneinander auszuspielen. „Wir Sozialdemokraten treten für eine Gesellschaft ein, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht die Wallstreet“, so Faymann. ♦



Käfer

Knapp 2.000 Delegierte und Gäste besuchten den gelungenen Landesparteitag.



Zimmer

RENNER-INSTITUT Ein Fest für Erich Fröschl



Nach fast 30-jähriger hochangesehener Tätigkeit am Renner-Institut trat Erich Fröschl in den Ruhestand. Fröschl war bis 1999 Direktor der politischen Akademie der Sozialdemokratie und viele Jahre Leiter der Internationalen RI-Akademie.



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer überreicht Erich Fröschl das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst.

Das „Fest für Erich Fröschl“ war gleichzeitig auch die offizielle Verabschiedung. Bei der stimmungsvollen Feier im Europasaal des Gartenhotels Altmannsdorf wurde Fröschl das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer überreicht. In sehr persönlichen Worten zeich-

ten Karl Duffek, Direktor des Renner-Instituts, und die stellvertretende Direktorin Barbara Rosenberg den Lebensweg Erich Fröschls nach. Unter Fröschls Leitung wurde die politische Akademie zu einer Bildungsinstitution, die heute aus dem politischen Leben der Sozialdemokratie nicht mehr wegzudenken ist. In sehr herzlichen Schlussworten betonte Fröschl seine enge Verbundenheit mit dem Renner-Institut. Die illustre Gästeschar aus Kunst, Wissenschaft und Politik dankte Erich Fröschl mit „Standing Ovation“.

SPÖ FRAUEN SPÖ-Politikerinnen in Klausur



Ein voller Erfolg war die Klausur der SPÖ-Nationalrätinnen zu der SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm am 23./24. Oktober nach Neuhofen an der Ybbs eingeladen hatte.



Das abwechslungsreiche Klausurprogramm sorgte für Begeisterung bei den sozialdemokratischen Politikerinnen.

Veranstaltet wurde das Intensivseminar von SPÖ-Parlamentsklub und Renner-Institut, die ein sehr abwechslungsreiches und auf die Arbeit von Spitzenpolitikerinnen zugeschnittenes Programm vorbereitet hatten. Dies ging von einem Workshop mit Unternehmensberaterin Gabriele Kypta zu neuesten Ergebnissen der

Stressforschung und Burn-out-Prävention bis zu Strategien zur Vernetzung. Medientrainerin Astrid Zimmermann gab Tipps für die Kommunikationsarbeit der Abgeordneten. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Bildungsministerin Claudia Schmied und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer kamen zum politischen Austausch mit den SPÖ-Nationalrätinnen.

KINDERFREUNDE Kinderrechte in die Verfassung



Die Kinderfreunde

Die ersten Gespräche mit dem Koalitionspartner zur Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung haben bereits stattgefunden.



Kinderfreunde und Rote Falken übergaben einen Puzzlestein an SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger.

Lehmann

„Damit ist eine jahrzehntelange Forderung der SPÖ endlich auf Schiene“, so SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger, die, gemeinsam mit SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann bereits am 11. September eine aktuelle Verhandlungsgrundlage für einen dementsprechenden

Gesetzesentwurf präsentiert hatte, der auf Basis der UN-Kinderrechtskonvention entwickelt wurde. Kinderrechte sind Menschenrechte und mit der Verankerung in der Verfassung werden sie endlich einklagbar. Die vier elementaren Grundsätze, auf denen die UN-Konvention beruht, beinhalten das Überleben und die Entwicklung, die Nichtdiskriminierung, die Wahrung der Interessen der Kinder sowie deren Beteiligung. „Die ersten Gespräche mit dem Koalitionspartner haben bereits stattgefunden und die SPÖ wird weiterhin Druck machen, damit wir diesen wichtigen familienpolitischen Meilenstein noch in diesem Jahr umsetzen können“, so Lueger.

SWV Petition für „KMU-Milliarde“



SWV-Wien-Präsident Fritz Strobl fordert eine „KMU-Milliarde“, um die Situation der kleinen und mittleren Unternehmen in Österreich zu erleichtern.



SWV-Wien-Präsident Fritz Strobl fordert nach Bankenpaket und Industriehaftungen Unterstützung für die KMU.

Diese Unternehmen leiden gegenwärtig an einer sich verschärfenden Kreditklemme, für viele hat dies existenzbedrohende Auswirkungen. Ab sofort kann die Petition des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands Wien (SWV) mit dem Titel „Es geht um unsere Existenz!“ auf www.recht-auf-geld.at unterstützt werden. „Wir fordern den Finanzminister in unserer Petition offiziell auf, sich dieser Thematik zu stellen und zu handeln“, so Strobl. Die Aktion läuft bis Ende des Jahres, die Petition soll Anfang 2010 dem Finanzminister übergeben werden.



Privat

QUERGESCHRIEBEN

Her mit der Finanztransaktionssteuer!

Die Steuerpolitik-Expertin Ani Degirmencioglu über Umsetzungsmöglichkeiten einer internationalen Finanztransaktionssteuer und warum James Tobin wenig überrascht wäre, dass seine steuerpolitischen Ideen heute aktueller sind denn je.

James Tobin wäre wenig darüber überrascht, dass man gerade dieser Tage wieder über seinen Vorschlag laut nachdenkt. Er war es gewohnt, dass seine Idee von Journalisten und Fachleuten aufgegriffen wurde, jedes Mal wenn eine Krise war, und die Schlagzeilen wieder verließ, sobald die Krise gemeistert zu sein schien.¹ Wir werden sehen, ob den aktuellen Bekundungen, Vorschlägen, ja den konkreten Konzepten² und Diskussionen rundum zumindest diesmal von der Politik Taten folgen werden.

Mit „Politik“ ist nicht nur die EU-Ebene gemeint, sondern sehr wohl auch die nationale, die österreichische Politik, die ihrerseits viel zu leichtfertig die Umsetzungsverantwortung an Europa abgibt. Das ist wahrscheinlich taktisch begründet. Steuerfragen unterliegen auf EU-Ebene dem Einstimmigkeitsprinzip, aber es geht auch anders:

„Nicht zuletzt geht es auch darum, dass zumindest die Sozialdemokratie ein Zeichen gegenüber den einfachen ArbeiterInnen und Angestellten setzt.“

Als Argument gegen einen österreichischen Alleingang wird die Gefahr der Verlagerung der Transaktionen weg von der Wiener Börse gebracht. Zunächst einmal sei hier das Trugbild eines Alleinganges berichtigt: Es gibt in verschiedenen europäischen Ländern diverse Formen von Besteuerung der Börsengeschäfte, und zwar unabhängig



Begleitender

Während sich die Weltwirtschaft allmählich wieder erholt, beginnen Spekulanten an den Börsen wieder zu zocken – es gilt zu verhindern, dass sich eine derartige Krise nicht mehr wiederholt.

voneinander. Als ältestes Beispiel sei hier der englische „stamp duty“, als neuestes die in Schweden ab 1.1.2010 geplante Finanzsteuer genannt. Mit den entsprechenden Rahmenbedingungen – einem maßvollen Steuersatz, einer umfassenden Auslegung des Wertpapierbegriffs und mit der Verknüpfung der Steuern an den Auftrag und nicht an den Umsatz – könnten vielen Befürchtungen in Zusammenhang mit Kapitalverlagerung entgegengesteuert werden. Die so oft genannten technischen Schwierigkeiten gibt es nur, wenn man sie herbeireden möchte. Ansonsten wäre diese Steuer wie eine Rechtsgeschäftsgebühr einzuheben, von denen es in Österreich gar nicht so wenige gibt. Der gesetzliche Rahmen wäre ebenfalls bereit: das Kapitalverkehrsteuergesetz. Dieses regelt die Gesellschaftsteuer, die Wertpapiersteuer, die seit 1.1.1995 nicht erhoben wird, und die BörsenUST, die

mit 1.1.2000 außer Kraft getreten ist.

Mit so einem Schritt kann Österreich dann seine Versuche auf der europäischen Ebene viel glaubwürdiger weiterführen. Zu hoffen, dass es eine erstmalige einheitliche EU-Steuer auf alle Finanztransaktionen geben wird, ist viel unrealistischer als auf eine Harmonisierung der in diesem Bereich schon bestehenden einzelnen nationalen Steuern hin zu arbeiten. Für erfolgreiche Steuerharmonisierungen gibt es Beispiele, wie im Bereich der Mehrwertsteuern, aber auch der Zinsertragsbesteuerung.

Nicht zuletzt geht es auch darum, dass zumindest die Sozialdemokratie ein Zeichen gegenüber den einfachen ArbeiterInnen und Angestellten setzt. Es wird eher früher als später nötig sein, über Budgetdefizite und Konsolidierung zu reden. Das Wissen darum, dass man die, die die Krise durch ihre Spekulationsgeschäfte mitverursacht haben, zur Verantwortung gezogen hat, wird manches einfacher machen. ♦

Ani Degirmencioglu ist steuerpolitische Referentin in der Arbeiterkammer Wien.

¹ Haq, Mahbub Ul, Kaul, Inge, Grunberg, Isabelle, eds. „The Tobin Tax: Coping with Financial Volatility.“ 1996. New York: Oxford University Press, p. x.

² Schulmeister, St., Schratzenstaller, M., Picek, O., A General Financial Transaction Tax. Motives, Revenues, Feasibility and Effects, WIFO, Wien, 2008.

TERMINKALENDER

Donnerstag, 12. November

Zukunft der Automobilindustrie

Der SPÖ-Parlamentsklub veranstaltet eine Enquete bei der die Zukunft der Automobilindustrie thematisiert wird. Eröffnet wird die Enquete von der Bundesministerin für Verkehr, Technologie und Innovation, Doris Bures. An der anschließenden Diskussion nehmen Günther Abfalterer (Vorstand Magna-Steyr), Doris Bures, Christoph Matznetter (Wirtschaftssprecher der SPÖ und Vizepräsident WKO) teil. Moderiert wird die Enquete vom Kurier-Journalisten Robert Klee-dorfer. Um Anmeldung wird gebeten:

anna.kubesch@spoe.at

Tel.: 01/40110-3940

Beginn: 11 Uhr

Parlament,

Klubsaal des SPÖ-Klubs

Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1010 Wien

Montag, 16. November

KulturTalk

Unter dem Motto: „Kunst ohne Grenzen – Internationalisierung & Mobilität“ veranstaltet das Renner-Institut den ersten „KulturTalk“

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a. Alexandra Bärthel, Mag. Gerald Demmel, Boris Ginner, Mag^a. Birgit Jung, Martin Oppenauer, Susanne Vockenhuber, Markus Wagner, Fabian Max Wallner, Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: Bilderbox, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

mit Bundesministerin Claudia Schmied zum Thema Mobilität österreichischer KünstlerInnen und zur Rolle Österreichs als Gastgeberland für internationale KünstlerInnen. VertreterInnen des internationalen Kulturbetriebes diskutieren gemeinsam mit Claudia Schmied. Durch den Abend führt die international anerkannte Kulturkorrespondentin und Literaturkritikerin Sigrid Löffler. Information & Anmeldung: Renner-Institut, Tel.: 01/804 6501, **post@renner-institut.at**

Beginn: 19.30 Uhr

MuseumsQuartier

Ovalhalle

Museumsplatz 1, 1070 Wien

Mittwoch, 18. November

Und sie lügen doch

Die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik lädt zur Buchpräsentation und anschließender Lesung von Michael Amon. Einleitende Worte wird die ehemalige Bundesministerin Hilde Hawlicek sprechen. Amons Buch „Und sie lügen doch“ ist eine Abrechnung mit neoliberalen Sägern, Politphrasen und sonstigen Zeitgeisterscheinungen. Nähere Infos unter:

www.kulturpolitik.spoe.at

Beginn: 19 Uhr

Republikanischer Club – Neues Österreich

Rockhgassee 1, 1010 Wien

Freitag, 20. November 2009

WAT Sportschau – 90 Jahr Feier

Unter dem Motto „Wir bewegen Wien“ findet am 20. November die 90 Jahr-Feier des Wiener ArbeiterTurn- und Sportvereins statt. Zum 90-jährigen Jubiläum des WAT findet dieses Jahr eine Sportschau statt, bei der sich

einige Vereine des WAT präsentieren und einen Ausschnitt ihres sportlichen Könnens präsentieren werden. Alle InteressentInnen sind herzlich zu dieser Veranstaltung eingeladen. Die 90-Jahr-Feier steht unter dem Ehrenschutz von Bundespräsident Heinz Fischer. Ehrenpräsidium: Bundesminister Norbert Darabos und der Bürgermeister der Stadt Wien, Michael Häupl. Weitere Informationen erhalten Sie auch im WAT Generalsekretariat unter der Telefonnummer 01/804 85 32, Email: **office@wat.at**

Beginn: 18 Uhr

Sporthalle Brigittenau

Hopsagasse 5, 1200 Wien

Freitag, 20. November

Demonstrieren für die Kinderrechte!

Die Kinderfreunde rufen am 20. November zu einer Kinderdemonstration für die Rechte der Kinder auf. Kinder haben an diesem Tag Gelegenheit, selber aktiv zu werden. Nicht für sondern mit den Kindern wollen wir demonstrieren. Damit die Kinderrechte bekannter werden, damit mehr Mitsprache von Kindern möglich wird, damit Kinderrechte auch einklagbar werden.

Weitere Infos: **www.kinderfreunde.at** und Tel. 01/5121298-55

Programm:

13.00 – 14.30 Warmup

Christian-Broda-Platz (Westbahnhof)

Styling-Zone, Frisuren- und Tattoo-Studio, Schilder bemalen, trommeln und vieles mehr.

14.30 – 15.30 Demo

Mariahilfer Straße

Große Parade über Wiens bekannteste Einkaufsstraße

16.00 – 18.00 Kinderrechte-Party

Arena Wien

NET NEWS

Die Meta-Zeitung im Internet

Einen topaktuellen und umfassenden Nachrichtenüberblick rund um die Uhr bietet die neue Service-Seite der SPÖ, **www.politiknews.at**. Der elektronische Nachrichtenüberblick beinhaltet die Nachrichten der wichtigsten österreichischen Zeitungen und Zeitschriften, ausgewählte Blogs, Twitter-Nachrichten und Video-

Nachrichten. Dazu liefert Politiknews auch alle Top-News der besten deutschsprachigen Medien wie „Die Zeit“, „Spiegel“, „telepolis“, „taz“, „Süddeutsche Zeitung“, „Der Freitag“ und „Neue Zürcher Zeitung“. Eine Extra-Seite widmet sich den aktuellen News aus den Bundesländern. Project in Progress: **www.politiknews.at** ♦

www.politiknews.at





Ein zeitgemäßer Aufklärungsfilm für Österreichs Jugend

Ein zeitgemäßer Aufklärungsfilm für Österreichs Jugend: Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Wiens Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely und die Wiener Gemeinderätin Barbara Novak bei der Präsentation des Filmes „Sex we can?!“

Moderne Unterkünfte und Platz für 750 SoldatInnen

Das wird die "Kaserne der Zukunft" bieten, die im burgenländischen Güssing gebaut wird. Verteidigungsminister Norbert Darabos und Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl beim Spatenstich für die "Montecuccoli"-Kaserne.



Erster „BahnStore“ in Mistelbach eröffnet

Bundesministerin Doris Bures und ÖBB-Personenverkehr-Vorstandssprecherin Gabi Lutter beim ersten Einkauf im neuen BahnStore, in dem künftig neben Tickets auch Dinge des täglichen Bedarfs erhältlich sind – damit wird der Bahnhof zum örtlichen Nahversorger.



Niederösterreich besucht Brüssel

Über hohen Besuch und Besuch aus ihrer Heimat Niederösterreich freute sich SPÖ-EU-Abgeordnete Karin Kadenbach, die den S&D-Vorsitzenden Martin Schulz und die niederösterreichischen PolitikerInnen Gerhard Razborcan, Anton Heinzl und Heidemaria Onodi (v.l.n.r.) in ihrem Büro in Brüssel begrüßen durfte.